

Im Halle monat. bei zweimal. Zustellung 7.— Mk., vierteljähr. 21.— Mk. u. Zustellungsgebühr, i. d. Ausgabe...

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen...

Nr. 476.

Halle, Dienstag, den 11. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Die oberschlesische Krise.

Gefahr für das Kabinett Wirth. — Nachsichtung des Kabinetts Neutralisierung des Kohlengebiets?

Die ungenügenden Nachrichten über Oberschlesien haben in allen politischen Kreisen große Erregung hervorgerufen. Man erklärt von gewisser Seite diese Nachrichten für endgültig wahr und prophezeit die schwerwiegendsten und unheilvollsten politischen Folgen.

Zufriedenheit muß man bei dieser Bewegung zwei Faktoren voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite herrscht in allen verantwortlichen Kreisen die schwerste Sorge um das Schicksal Oberschlesiens, und es wird offen die Frage erörtert, ob das Kabinett Wirth überhaupt noch imstande bleiben kann, wenn sich die eingetretenen Katastrophen fortsetzen.

Der Vorbericht ist infolge dessen um das Schicksal des Kabinetts Wirth äußerst besorgt. Er schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Verehrungstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und ferner bisheriger Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien.

Unmittelbar nach der Ankunft des Reichsanzlers wurde noch zu gestern Abend halb elf Uhr das Kabinett zu einer Sitzung zusammenberufen, in der die durch die oberschlesische Krise entstandene innen- und außenpolitische Lage eingehend erörtert wurde.

Der Kabinettsrat währte bis 1 Uhr nachts. Sämtliche Minister nahmen daran teil. Außenminister Dr. Rosen berichtete über den Stand der oberschlesischen Frage. Anschließend hieran wurden auch andere innen- und außenpolitische Fragen erörtert, aber keine Beschlüsse gefaßt. Der Kabinettsrat wurde heute vormittag fortgesetzt.

Die Rede Wirths in der englischen Presse.

London, 10. Oktober. Die vom Reichsanzler Wirth in seiner Rede in Offenbutz zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allgütige Konferenz zur Unterstützung der drohenden Weltkrise wird von den Oberhäuptern an hervorragender Stelle gebracht, neben den Worten Briand, daß die Großindustriellen und Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden werden im Interesse eines jeden Landes.

London, 10. Oktober. Laut Manchester Guardian plant die britische Geschäftswelt einen neuen Schritt zur Bekämpfung der nachteiligen Auswirkungen und schwankenden Wechselkurse. Der Präsident des Verbandes britischer Exporteure wird in Glasgow eine Rede halten, in der er die Schaffung eines Ausschusses zur Erwürdigung der Möglichkeiten einer nationalen und internationalen Aktion zur Bekämpfung einer Verschärfung der Weltlage fordern wird.

Französische Gewaltpolitik im Saargebiet.

Im Dienstbüro der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist eine Werbestelle für Arbeitslose eingerichtet worden, die den Arbeitlosen in Algier Beschäftigung vermittelt soll. Sie ist nichts anderes als eine Werbestelle für die Fremdenlegion. Sobald der Arbeitsuchende den vorgelegten Vertrag unterschrieben und einen Vorbehalt erhalten hat, steht man ihm in einem verschlossenen Wagen, mit dem er an irgend einen unbekanntem Ort befördert wird. Dann hört und sieht man nichts mehr von ihm.

Zur Verhaftung Schiel's.

München, 10. Okt. Zur Verhaftung des Kapp-Buchhändlers Dr. Schiele melden die Blätter weiter: Die Verhaftung Schiel's ist durch bayerische Grenzpolizei erfolgt bei dem Verfuhe, die Grenze zu überschreiten. Schiele wollte von Bayern nach Oesterreich ausreisen. Ueber seinen bisherigen Aufenthaltsort verweigert der Verhaftete jede Auskunft. In Bayern scheint er sich jedoch nicht lange aufgehalten zu haben. Schiele hatte zusammen mit Kapp die bekannte gegen die Regierung Weismann gerichtete Denkschrift verfaßt. Ein Sonderblatt des Bayerischen Volksblattes veröffentlicht den Steckbrief des Verhafteten gegen die 8 wegen Hochverrats verfolgten Kapp-Buchhändler. Schiele steht dazwischen.

Zwei Ministerreden.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Zwei leitende Minister, der deutsche Reichsanzler Wirth und der französische Ministerpräsident Briand, zwei politische Antipoden, haben wichtige Reden gehalten, der eine im katholischen Arbeiterverein zu Offenbutz, und der andere in St. Nazaire vor geladenen Gästen. Beiden Reden ist das Bestreben gemein, die Zuhörer und das hinter ihnen stehende gesamte Volk vor Enttäuschungen zu bewahren durch angelegentlich Schilderung der Wahrheit und der Tatsachen.

Briands Rede war in der Hauptsache eine innerpolitische, an das eigene Land gerichtete. Aber als Leitmotiv für die nahe bevorstehende Parlamentarientagung mußte sie auch die auswärtige Politik mit behandeln. In der jetzigen Zeit der Rede, der sich auf die Beziehungen der französischen Regierung zu Deutschland erzielte, war der bedeutendste und wichtigste. Hier sprach Briand im Gegenstand zu seinem Amtsvorgänger Clemenceau, ganz neu, für französische Ohren noch ungewohnte Töne an. Ausdrücklich erkannte er die Loyalität des Reichsanzlers Wirth bei der Durchführung der Erfüllungspolitik an. Die vorgeschriebenen Auflagen seien geleistet und die angeordneten Entwaaffnungen durchgeführt worden. In der französischen Kammer hoffe deshalb Briand demnach für seine Politik gegenüber Deutschland nicht vor Kritik, sondern auch Anerkennung zu finden. Noch überreicher waren seine Aussagen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die der Versailles Vertrag geschaffen habe. Er stellte seinen Zuhörern nichts mehr und nichts weniger vor Augen, als die glatte Unmöglichkeit der Erfüllung der Selbstforderungen des Versailler Vertrags durch Deutschland. Dieser Zahlungsverpflichtung habe zur Zeit der Festsagung 250 Milliarden Papiermark umfaßt und betrage heute infolge des katastrophalen Sturzes des Mark 400 Milliarden Papiermark. Die Schwankungen des Wechselkurses zogen alle Völker, auch die Sieger, infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abhängigkeit voneinander, in Mitleidenschaft. Es bleibe nichts anderes übrig, als daß die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt im Interesse aller Länder sich solidarisch zusammenschließen, um mit Hilfe der Weltöffentlichkeit das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Ausführungen Briands können nicht anders als der Beginn einer neuen französischen Politik der Wahrheit und Klarheit gegenüber dem eigenen Lande gedeutet werden. Der Ironismus, in dem man Jahre und Monate getaumelt ist, daß Deutschland alles bezahlen werde, weil man es mit Gewalt dazu zwingen könne, beginnt sich zu verflüchtigen. An seine Stelle tritt die Erkenntnis, daß mit Deutschlands Ruin auch der Niedergang und Zusammenbruch Frankreichs unrettbar verbunden ist. Schon jetzt steht überall der Handel, die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu, die daraus entspringenden Schwierigkeiten für die Regierungen wachsen täglich. Und wie in Frankreich geht es in England, in Italien und selbst in Amerika, das vor seinen hoch aufgeputzten Warenvorkäufen im eigenen Lande so zugegen erhebt. Überall wächst die Erkenntnis unter den führenden Geschäftsläuten und Bankmännern, aber auch in den Regierungen und in den Völkern, daß eine wirtschaftliche Weltsolidarität besteht, die nicht weiterhin ungeachtet durch rohe politische und militärische Gewaltmittel mißhandelt werden darf. Daß diese Erkenntnis nun auch in Frankreich dümmert und von dem führenden Staatsmann bereits öffentlich vertreten wird, ist ebenso erfreulich wie bedeutungsvoll.

Von der brennendsten politischen Gegenwartsfrage, von Oberschlesien, hat Briand kein Wortchen gesprochen. Umso mehr tat das der deutsche Kanzler in seiner Offenbutz Rede. Die letzten angedeuteten Redeworte über angebliche Entscheidungen des Völkerbundesrates in Genf hängen zwar sämtlich aus französischen Quellen und sind deshalb mit großem Mißtrauen zu bewerten. Aber immerhin glaubt doch offenbar auch der deutsche Reichsanzler unmittelbar vor der oberschlesischen Entscheidung besondere Ursache zu Unruhe und Besorgnis zu haben. Deshalb spricht er noch einmal vor seiner Rückreise nach Berlin zu seinen katholischen Wörtern und zum deutschen Volk, aber auch zu den gegenwärtigen Wächtern der Welt von der Bedeutung Oberschlesiens für das deutsche Wirtschaftsleben und für den künftigen Weltfrieden. Wollte man den deutschen Wirtschaftspolitikern lassen, so dürfe man ihm nicht durch Drohungen mit unaufrichtbaren Zahlungen und mit neuen Sanktionen den Atem rauben. Wer aus Oberschlesien künstlich ein neues selbständiges Land zurechtzuschneiden wolle, der lege zwischen Deutschland und Polen einen verpackten politischen Stein. Das dürfe nicht geschehen.

sehen. Deutschland wolle englische Erfüllungspolitik treiben; aber einen sehr wichtigen Posten bei unserer Zahlungsbereitschaft bilde nun einmal Oberdeutschland. Auch Birch forderte wie Brand, daß der Krieg endlich aufhöre und daß alle verständigen Menschen sich an einen Tisch legen, um zu beraten, wie der drohenden wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt entgegenzuwirken werden könne. Anders wie Brand hat Birch bei dieser Forderung sein Volk in allen Parteien und Berufsständen von Aachen bis zu London, von Industrie, Handel und Landwirtschaft bis zu den Arbeitervereinigungen und Handwerkerzweigschaften geschloßen hinter sich. Die Verhandlungen, die er in den nächsten Tagen mit den großen Fernverbänden und mit den tragenden Parteien der Mitte führen will, werden das auf neue befähigen. Möge auch Brand in seiner nationalpolitischen Kammer und in seinem gewinnbringend erteilten Volkswort eine Verständigungsmöglichkeit finden.

### Das Geldproblem der Welt.

Der schwedische Nationalökonom Prof. Gustaf Cassel-Stolm überlegt jetzt der Aufmerksamkeit unter diesem Titel sein Gutachten, das er im Auftrag des Völkerbundes meisteils der Brüsseler Finanzkonferenz vorgelegt hat. (Drei Wochenber. Wünden 1921). Aus seinen Vorschlägen entnehmen wir folgende Beiträge:

Der Zinsfuß ist in jedem Lande so weit hinaufgegangen, daß er der tatsächlichen Kapitalknappheit entspricht. Der innere Geldwert ist in jedem Lande im Verhältnis zu den Waren zu stabilisieren; die utopischen Ideen einer Wiederherstellung des Geldwertes vor dem Kriege sind aufzugeben, die zukünftige Geldpolitik ist baldmöglichst festzusetzen und öffentlich bekanntzugeben. Diese Stabilisierung der verschiedenen Währungen ist als ein gemeinsames Interesse aller Nationen zum Gegenstand gemeinsamer Aufmerksamkeit zu machen.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Welt, das Geld am neuen Steigen zu verhindern; durch internationale Vereinbarung muß die monetäre Nachfrage nach Gold in geeigneten Grenzen gehalten werden.

Die durch die natürliche Renouierung der Grenzen verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind durch möglichst weitgehende Anwendung des Freihandelsprinzips zwischen den verschiedenen Ländern Mitteleuropas zu neutralisieren. Der Grund des Privatigentums muß allgemein anerkannt, in dieser Hinsicht den Untertanen aller Länder gegenseitig gleiches Recht zugefanden werden.

### Die deutschen Positionen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Auf dem deutschen Positionen in Offen wurde nach längerer Debatte die folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Der zehnte Positionenkonferenz erachtet in dem jetzt bestehenden Völkerbund einen bedeutenden Fortschritt zu einer in sich selbst genügenden rechtlichen und föderalen Organisation. Er beklagt die bei den Satzungen und Bestimmungen des Völkerbundes nach anstehenden Mängel und die dem Ideal des Pazifismus widerstehenden Unvollkommenheiten, wie sie namentlich in der Anerkennung kriegerischer Selbsthilfe als einer Rechtsverletzung und in der bisherigen Behandlung Deutschlands und anderer Mitglieder des Völkerbundes sich zeigt. Er fordert die Positionen aller Länder auf, dem Völkerbund tätige Mitarbeit bei dem Ausbau aller seiner Einrichtungen anzubieten zu lassen und fordert sie auf, die Bundesverträge durch täglich erneute Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu entwickeln und aufrichtiger patriotischer Gesinnung zu erziehen. Der Kongreß betont, daß er seinerseits in Deutschland nach seinen Kräften in gleicher Weise wirken will. Er fordert aus diesem Anlaß die Reichsregierung auf, einen neuen Beweis von ihrer Hefigkeit vor dem Gebot des alten Deutschland dadurch zu geben, daß sie unter Hintanzug ihrer Bedenken sich bemüht,

die Widerstände gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beseitigen und die Aufnahme unverzüglich zu beantragen.“

### Judenkaiser und Judenrecht.

Eine der radikalsten Gruppen rechts von der Deutschnationalen Volkspartei, gegen die sich der Herr Herz in letzter Zeit mehrfach gewandt hat, die Deutschnationale Partei, hielt am letzten Sonntag in Berlin ihren Parteitag ab. Den Vorsitz führte Herr Knüppel-Kunze, der auch das Hauptreferat hielt. Er findet auch die mit seinen Reden verbundene die Lösung der Judenfrage, und zwar dem 1. August 1914 einwandernden Juden, der Stellung der Juden in der Reichsregierung unter Fremdenrecht, und der Einführung einer Höchstzahl bei der Besetzung öffentlicher Ämter und bei der Zulassung zu den Hochschulen. Im übrigen verlangte er Herabsetzung des Zinsfußes und der Verschärfung des Bank- und Wechselgesetzes. Dem plädierte Herr Kunze ein Bündnis mit Herrn Herz, der auf dem Münchener Parteitag hatte durchgedrungen lassen, daß Herz rechtlos von den Deutschnationalen an der Ermordung Erbergers Schuld sein könnte. Die Verlesung wurde durch den Herrn Herz mit dem Auf: „Herz ist ein Jude, nicht ein Mensch.“ Den Deutschnationalen geht es um Deutschland Monarchie oder Republik ist, wenn nur ein starker Mann am Steuer steht. Sie würden nicht daran, Wilhelm II. aus Holland zurückzuholen. „Nicht den Judenrecht, die die Organisation — denn gerade das Kaiserreich habe uns ins Elend geführt — weil es verjährt war“, erklährt das Gelo.

So ging es mit Größe weiter. Im übrigen wird man bei Gelegenheit der Wahl der Reichsversammlung eine deutsche soziale Kandidatur finden und also Gelegenheit haben, festzustellen, ob hinter dieser Partei in Berlin mehr Leute stehen als eine Handvoll radikaler Antisemiten.

### Der Hauptausschuß des Landtages

beendete die Vorbereitung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Angenommen wurden u. a. Anträge auf Ausbau von Licht-, Kraft- und Wasserversorgung sowie Förderung des Verkehrswezens zur Förderung der landwirtschaftlichen Produkte, auf Einführung der notwendigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaftsbetriebe durch Schaffung von zureichenden Wohnungen, Gehör auskömmlicher Löhne, Ausbau des Volkshochschulwesens, auf Beschaffung und Verteilung von Samen für die Winter- und Frühjahrssaat, auf planmäßige Förderung der Saatgutwirtschaft zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, da hauptsächlich in den kleineren und mittleren Betrieben, auf schleunige Vorkriegsbesetzung des Landes durch Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulpflicht für die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen, auf schleunige Ausbringung der Getreideumlage und Sicherstellung der Provinzverwaltung bis zur nächsten Ernte, Unterbindung der Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln unter Festlegung von Zuchtschulden, ferner auf nachdrückliche Verfolgung der Lebensmittelpreis- und Viehpreise, auf Vorkriegsbesetzung eines Entwürfes wegen Errichtung eines landwirtschaftlichen Instituts zur Verjüngung der minderbemittelten Bevölkerung mit Aufzucht, auf Unterlegung der Verarbeitung von Rohmilch zu Trockenpräparaten zwecks Sicherstellung der Milch- und Butterversorgung.

### Aus den Parlamenten.

Die Notlage der Bauern erzählt durch zwei kleine Anfragen im Reichstag eine neue Beleuchtung. In der einen Anfrage wird festgestellt, daß durch die infolge des neuen Besoldungsgesetzes notwendig gewordene Kufeissetzung des Besoldungsdieneralters eine größere Anzahl von Beamten bis zu 2 Jahren in Dienstalter verschlechtert worden ist. Infolgedessen werden Beträge bis 2000 Mk. als überhaft zurückgefordert. Die Beamten haben sich durch die in gutem Glauben gegangenen und empfangenen Beiträge nicht bereichert, sondern sie zur Bewahrung ihres Lebensunterhaltes verwendet. Sie sind nicht in der Lage, diese zurückzufordern. Die Durchführung der Rückforderung würde ihre ohnehin große wirtschaftliche Notlage bedeutend verschärfen und sie der Verelendung preisgeben.

Während es der Staat also sehr eilig mit der Rückforderung von Summen hat, die von den betroffenen Beamten längst zur Befriedigung des Haushaltes verwendet worden sind, erzählt man aus einer demokratischen Anfrage, daß eine große Zahl von Beamten, Lehrern und Ruhegehaltsempfängern der Länder bis heute noch nicht die Beträge der im Januar beschloßenen Teuerungszulagenvermehrung erhalten. Es haben die Lehrer in Preußen auf ihre wiederholten Eingaben den Bescheid erhalten, daß erst in Monaten die Zahlung der Teuerungszulagen erfolgen könne.

Derartige Zustände sind geradezu herabwürdigend. Man muß dringend verlangen, daß einerseits die zurückgeforderten Beträge niedergebühren werden, andererseits die rückständigen Teuerungszulagen sofort zur Auszahlung gelangen.

Ministerpensionen. Die Kommunisten haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht. Die Anfrage lautet: „Durch einen Antrag auf den sozialdemokratischen Parteitag zu Weimar, der dort leider nicht zur Abstimmung gebracht wurde, ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß der ehemalige Reichsanwalt Lehnenbach ein Ruhegehalt von 45 000 Mark jährlich bezieht, obwohl seine Amtszeit nur für kurze Dauer war und sein Einkommen als Ruhegehalt nicht übermäßig ist. Wie stellen der Reichsregierung die Anträge, ob nach demselben Grundsatz Ruhegehälter aus anderen ehemaligen Ministern befristet werden sind. Wenn ja, welchen Ministern und in welcher Höhe?“

Ist die Reichsregierung bereit, darüber hinaus bekannt zu geben, an welche ehemaligen Minister aus der Zeit vor und nach dem 9. November 1918 und in welcher Höhe Ruhegehälter gezahlt werden?“

### Deutsches Reich.

Die Lage in den Höfster Farbwerten. Nach vorliegenden Nachrichten ist die Lage bei den Höfster Farbwerten verändert. In Griesheim erschienen am Montag vormittag die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit. In dem Werk sind Arbeiter angehalten, die neue Arbeitsbedingungen zu entziehen. Die Arbeiter verließen das Werk, um die Arbeit, um in einer Versammlung über die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen schlüssig zu werden.

Der Streikstreik in Berlin. Der Streik ist unentschieden ausgefallen. Der Streikenden gefährt hat, dauert in die zweite Woche hinein. Dieser Streik, durch den Zehntausende Unbeschäftigten, auf die Gehälter Angehöriger in Mitleidenschaft gezogen werden, zeigt in seinem Verlauf handgreiflich, daß es die höchste Zeit ist, den bereits seit längerer Zeit vorliegenden Entwurf einer Schlichtungsordnung endlich unter Dach und Fach zu bringen.

### Auslands-Rundschau.

Die russische Ernte. Die Ernte in Brotgetreide in Russland und der Ukraine beläuft sich auf 2 Milliarden Pud. Nach Abzug des Saatgetreides verbleiben 1,5 Milliarden Pud. Man hatte geglaubt, daß die Ernte im Hungergebiet 133 Millionen Pud größer sein würde als die in Westsibirien. Zum Vergleich müssen wir 133 Millionen Pud Getreide aus dem Ausland eingeführt werden. Die Ernte in den unbedauerten Krieger von den Straßen, die bisher die Namen Goethes und Schillers trugen, diese Bezeichnungen entfernt. Die Böden haben damit recht getan, denn in der polnischen Wirtschaft haben die Namen von Goethes und Schillers nichts zu suchen.

leben. Auch die Kirchenmusik verdammt ihm viele Beilen, die unsio höher sind, als sie von einem kindlich gläubigen Gemüte gebildet worden sind. Horworte großen Stils zeigen, daß Brudner auch das unrichtige auch mit den Eigenheiten der menschlichen Stimme betraut war. Seine große Weise allein ist ein Denkmal, dauernd, als eine große Wertschätzung der Menschheit, wenn eine Brudnersche Komposition zu Gehör gebracht wurde. Seitdem sind sie immer weiter mit Erfolg ins Volk gedrungen und haben dem Schöpfer die edle Popularität gebracht, die ihm gebührt.

Deutsche Sänger in Rumänien. Elisv. C. a. r. a. p. o. und Hans B. a. t. e. r. v. von der Berliner Staatsoper wurden von der Intendantur der Königl. Oper in Bukarest zu einem längeren Gastspiel eingeladen. Damit werden zum erstenmal nach dem Kriege deutsche Sänger an einer rumänischen Bühne auftreten.

Neuauflage in Wachen. „R. u. M.“ hieß das Stück. Karl Casel der schicksalhafte Verfasser. Es war sein Drama in Festungsform, nicht einmal eine Dichtung, es war das Summularproblem in moderner Beleuchtung, ausgedacht von einem Menschen, der auf jeden Fall ist. R. u. M., Wets Dand-Union — Roboter: die Maschinenmenschen, denen man nur Schmerzgefühl senden hat, weil sie dadurch reaktiv werden, weil sie lernen, ihre Gedanken, den Gedanken des modernen Dramas, ist es nicht, als ob Casel's Roboter ihren Willenshelfer aus dem Kaiserreich, Gas' hofen? Wehnen sich die beiden Dramen nicht, selbst im unbedenklichen, nur gläubigeren Schluß, im Wunder? Zwei Denkspieler haben den Erploer eines Teasob die gehalten, haben des Reizes Bilans gewonnen. Und doch... Streich eins der beiden Schöpfung eines ja Teilgenauigkeit in die Höhe mit der formale „Schöpfung“ eines Brä von Lazarus? Zwei Denker wollen die Materie durch das Denken überwinden? zu entstehen lassen. — „Nebenbei S. i. o. i. o. ist den postenden Stil, das ist wie ein Meister, lichte unabhänge Gedanken durch Unwillkürlich zu umspannen. — Er und die Darsteller besaßen den Erfolg.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Mittwoch, 12. Okt. Inhalt: Die Liebe des jungen Stillfried, Roman von Hermann Wagner — Die Maus. Von Kurt B. a. r. i. e. n. s. Die Mutter. Von G. d. i. l. l. e. — Aufmarsch zur Arbeit. Von G. e. n. a. n. d. v. W. e. i. t. e. n. s. h. i. l. l. e. — Rudolf Birchow. Von Arnold R. i. t. t. e. r. — Schach.

### Zum Gedächtnis Anton Bruckners.

Von Dr. Reinhold Jähneren.

Am 11. Oktober sind 25 Jahre seit dem Tode vergangen, da einer der größten unserer Tonmeister die Augen für immer schloß: Anton Bruckner. Manchen harten Strauß hat er, der doch im Grunde so gar keine Kämpfernatur besaß, ausstehen müssen. Viele Anfeindungen mußte er ertragen, um Zeit seines Lebens nur wenig Anerkennung zu finden. Dafür ist ihm, wie so manchem anderen Bahndreher, die Nachwelt gerecht geworden und es gesteht sich, dem Musikanten auf sein Grab recht den Grad der Erinnerung zu legen. Bruckner kamnte aus kleinen, engen Verhältnissen, ein Weidling, das seine spätere Größe noch bemerkenswerter erscheinen läßt, das aber ihm persönliche Nachteile genug gebracht hat, weil er, der naive, nur mit einer tüchtigen Portion „Bauerngläubigkeit“ begabte „Kleriker sich niemals in der Welt des glatten Partetts und der heimlichen Intrigen zurechtfinden konnte. — Er wurde am 4. September 1824 in Wieselbrunn in Oberösterreich als Sohn eines Schulmeisters geboren und widmete sich nach seiner Ausbildung im Stift St. Florian eine Zeit lang auch selbst dem Besehrerweize. 31 Jahre alt kam er als Domorganist nach Linz. Hier hatte er Gelegenheit, die in ihm schlummernden musikalischen Talente zu vollen Entfaltung zu bringen. War er bisher vorzugsweise Autodidakt gewesen, so genoz er jetzt den Unterricht hervorragender zünftiger Musiker: Bei Richter in Wien studierte er den Kontrapunkt, von 1861 bis 63 war er Schüler von Otto Kitzler und wurde 1867 nach Richters Tode an dessen Stelle als Hofkapellmeister, sowie